

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg

am Freitag, 02.11.2007, 17:00 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD: Aab, Acker, Backes, Becker, Böttcher, Brahms, Daser, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Dr. Rausch, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk

CDU: Ackermann, Gottschlich, Heck, Kaufmann, Lohse, Mehnert, Oppermann, Pfalz, Dr. Pötter, Röhrkohl, Sauer, Schaffner, Scherer, Prof. Dr. Simon, Stompfe, Vaupel, Dr. Wulff

GRÜNE: Dr. Baumann, Busch, Dorn, Göttling, Neuwohner, Dr. Perabo, Pistor, Schäfer, Dr. Therre-Staal, Weber-Hofmann

Marburger Linke: Adsan, Gottschaldt, Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Metz, Schäfer

FDP: Prof. Dr. Dingeldein, Sawalies, Schwebel

MBL: Ludwig, Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadträtin Dr. Amend-Wegmann
Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadtrat Reinhard
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadtrat Stötzel

Es fehlten entschuldigt:

Stadträtin Laßmann, Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek, Stadtrat Sprywald und die Stadtverordneten Dinnebier (SPD), Jannasch (CDU), Kissel (CDU),

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll

zu 1 **Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden**

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 17:09 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt, das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher weist auf den neu ausgelegten korrigierten Sitzungskalender für das Jahr 2008 hin. Wegen einer Terminüberschneidung mit der Sportlerehrung musste die März-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um einen Tag vorgezogen werden auf Donnerstag, den 13. März 2008. Dementsprechend tagt der Ältestenrat am Mittwoch, den 12. März 2008.

zu 2 **Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 28. September 2007 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Die Stadtverordneten Gottschlich weist daraufhin, dass bei der Kleinen Anfrage Nr. 25 der Fragetext nicht vollständig wiedergegeben wurde.

Der Stadtverordnetenvorsteher sagt eine Überprüfung und Ergänzung zu.

Weitere Änderungswünsche werden aus dem Hause nicht vorgetragen, somit ist die Niederschrift in der ergänzten Fassung genehmigt.

zu 3 **Ergänzungen der Tagesordnung**

Wie der Stadtverordnetenvorsteher ausführt, wurde auf Wunsch der MBL-Fraktion in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates vereinbart, den abgelehnten Dringlichkeitsantrag der MBL-Fraktion aus der September-Sitzung betr. Ankauf Rübenstein 5 als Tagesordnungspunkt 11.15 in die heutige Tagesordnung aufzunehmen. Der Antrag soll ohne Aussprache beraten werden.

Dagegen wird aus der Stadtverordnetenversammlung nicht gesprochen. Folglich wird wie vom Ältestenrat vorgeschlagen verfahren.

Für die heutige Tagesordnung liegen drei Dringlichkeitsanträge vor.

- 1. Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr. Preiserhöhungen für Strom und Gas vermeiden VO/1840/2007**

Der Antrag liegt allen Stadtverordneten vor.

Der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth-Sperling begründet die Dringlichkeit

zusätzlich mündlich. Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle. Der Stadtverordnete Acker (SPD) spricht gegen die Dringlichkeit.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der Marburger Linken, der FDP und der MBL-Fraktion die Dringlichkeit. Damit ist die von der Hessischen Gemeindeordnung geforderte Mehrheit von 2/3 des Hauses jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Die Fraktion der Marburger Linken beantragen die Beratung des Antrages im üblichen Geschäftsordnungsverfahren.

Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

2. Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr. Hessisches Vergabegesetz VO/1855/2007

Der Stadtverordnete Metz (MBL) begründet die Dringlichkeit zusätzlich mündlich. Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Stompfe (CDU).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der Marburger Linken die Dringlichkeit der Vorlage. Damit ist jedoch das erforderliche Quorum von 2/3 des Hauses nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Auch dieser Antrag soll im üblichen Geschäftsordnungsverfahren beraten werden. Die Vorlage liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

3. Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Verschwiegenheitspflicht im Akteneinsichtsausschuss Marburger Altenhilfe

Dieser Dringlichkeitsantrag liegt den Stadtverordneten nicht vor. Der Stadtverordnete Götting begründet die Dringlichkeit zusätzlich mündlich. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Stompfe (CDU).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Dringlichkeit. Damit ist das erforderliche Quorum von 2/3 des Hauses jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Der Stadtverordnetenvorsteher schlägt vor, dass der Antrag sinnvollerweise an den Akteneinsichtsausschuss Marburger Altenhilfe zur Beratung überwiesen werden soll. Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen. Folglich wird wie vorgeschlagen verfahren.

Auch dieser Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Die Tagesordnung gilt somit in der ergänzten Fassung als genehmigt.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt einen Überblick über die in den Ausschüssen angemeldet Aussprachen und empfohlenen Zurückstellungen von Vorlagen.

zu 4 **Fragestunde**

zu 4.1 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 1 10/2007)
Vorlage: VO/1842/2007**

Ist dem Magistrat bekannt, dass in einigen Restaurants und Gaststätten, u. a. auch in der Oberstadt, Wickelmöglichkeiten für Kleinkinder fehlen? Wie kann eine entsprechende Ausstattung durchgesetzt werden?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Es gibt keine gesetzliche Grundlage, die uns berechtigt, Wickelmöglichkeiten für Kleinkinder in Restaurants und Gaststätten zu fordern.

Es handelt sich um eine freiwillige Serviceleistung.

zu 4.2 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 2 10/2007)
Vorlage: VO/1843/2007**

Die Bauarbeiten an der Lahnbrücke in Wehrda (Cölber Straße) ziehen sich sehr in die Länge. Welche Ursachen hat dies und wer trägt die zu erwartenden Mehrkosten für die Nachbesserungen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Bauarbeiten an den Brückenkappen in Wehrda (Lahnbrücke und Betriebsgrabenbrücke) wurden zunächst von Ende Mai bis Ende Juli 2007 planmäßig durchgeführt. Bei der Abnahme am 02.08.2007 stellte sich dann jedoch heraus, dass die Oberfläche der Kappen mangelhaft ausgeführt worden war. Daraufhin wurde die Abnahme verweigert und die Beseitigung der Mängel gefordert. Die Baufirma Spritzbeton- und Injektionstechnik GmbH aus Quakenbrück bot daraufhin an, eine zusätzlich ausgleichende und verfestigende Beschichtung aus Epoxydharz aufzubringen. Für diese zusätzliche Beschichtung, die am 13.09.2007 abgenommen wurde, übernimmt die Baufirma im Rahmen der Mängelbeseitigung die Kosten.

zu 4.3 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 3 10/2007)
Vorlage: VO/1844/2007**

Beim Tag „In die Stadt ohne mein Auto“ schien schon im achten Jahr in Folge die Sonne. Sieht der Umweltdezernent hier einen Zusammenhang mit

dem klimagerechten Verkehrsverhalten der Marburgerinnen und Marburger oder hat jemand im Umweltamt einen besonders guten Draht zu Petrus?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Zuständig für die Ausrichtung des Aktionstages „In die Stadt ohne mein Auto“ - „Tag der Lahn“ ist der der Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur. Wie jedes Jahr wird alles Menschenmögliche unternommen, um den Aktionstag zu einem für die Marburgerinnen und Marburger einzigartigen und erlebenswerten Tag zu machen. So auch dieses Jahr. Auf das Wetter und das Klima hat diese Veranstaltung realistisch gesehen allerdings wenig Einfluss, selbst wenn alle Marburgerinnen und Marburger an diesem Tag auf die Fahrt mit dem PKW verzichten würden. Aber ein Aktionstag kann Anlass bieten, sich Gedanken zur Umwelt zu machen und sich spielerisch mit lokalen Umweltfragen zu beschäftigen. Die Informationsstände am Blochmann Platz und an den Lahnwiesen laden hierzu geradezu ein.

Auf das lokale Wetter hat unser städtischer Fachdienst auch nicht wirklich Einfluss, und ob Petrus existiert oder nicht ist Bestandteil von Sagen und Mythen und nicht hinreichend belegt. Aber: die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können die Regelmäßigkeiten des Wetters deuten und die Veranstaltungen danach planen. Statistisch gesehen besteht nämlich eine hohe Wahrscheinlichkeit für eine warme und sonnige Witterungsperiode im September (80%ige Wahrscheinlichkeit). Die Meteorologen bezeichnen diese Zeit - den „Altweibersommer“ - als eine Singularität, einen so genannten Witterungsregelfall. Damit sind Wetterlagen gemeint, die zu bestimmten Zeitabschnitten im Jahr mit überdurchschnittlicher Wahrscheinlichkeit auftreten. Der Altweibersommer ist eine spätsommerliche Schönwetterperiode mit stabilem warmem, sonnigem Wetter. Meist beginnt er Mitte/Ende September und dauert bis etwa Mitte/Ende Oktober, vereinzelt auch bis Anfang November. Häufig entsteht zu dieser Zeit ein für mehrere Tage oder Wochen beständiges Hochdruckgebiet über Mitteleuropa, mit kühlen, klaren Nächten und warmen, fast windstillen Tagen.

Warum ist das so?

Im September steuern wir auf den Zeitpunkt zu, an dem Tag und Nacht wieder gleich lang werden. Damit beginnt der kalendarische Herbst, in diesem Jahr am 23. September 2007 um 11:51 Uhr. Genau so, wie Tag und Nacht wieder gleich lang werden, gleichen sich auch die Temperaturunterschiede zwischen dem Festland und dem Meerwasser aus.

In den ersten Sommermonaten sieht es da nämlich sehr unterschiedlich aus: das Festland erwärmt sich wesentlich schneller als die Wassermassen. Über dem Land steigt die wärmere Luft auf, sinkt aber über dem kälteren Wasser wieder ab: über dem Atlantik entsteht also ein Hochdruckgebiet, während über Mitteleuropa häufig ein Bodentief entsteht. Dadurch wird die feuchte Meeresluft zu uns gelenkt: es fällt häufig Regen.

Im September dagegen ist das Meer noch warm, während sich das aufgeheizte Festland allmählich abkühlt: die Temperaturgegensätze gleichen sich aus. Dadurch steigt die Erhaltungsneigung des Wetters an. Das bedeutet: kann sich ein Hochdruckgebiet in dieser Zeit durchsetzen, so bleibt es auch länger bestehen oder verstärkt sich immer wieder.

Und nächstes Jahr:

Jetzige Vorhersagen sprechen für eine 80'ige Wahrscheinlichkeit für eine Schönwetterperiode auch Ende September 2008 - deshalb sollte der nächste Aktionstag am 21.09.2008 stattfinden. In der Woche vom 15.09.-22.09.2008 findet zudem europaweit die Woche der Mobilität statt. Höhepunkt der Mobilitätswoche ist traditionell der europaweite Aktionstag „In die Stadt ohne mein Auto“.

Wer mitmachen und sich beteiligen möchte wende sich bitte an den Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur - weitere Informations- und Bewegungs-Angebote werden von dort gerne aufgenommen.

Das Vorbereitungstreffen für 2008 findet am 20.11.2007 um 16:30 Uhr in der Hohen Kante statt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Lohse (CDU) und Schwebel (FDP) werden ebenfalls durch den Bürgermeister und den Oberbürgermeister beantwortet.

Um 17:39 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzungsteilung.

**zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Matthias Acker (Nr. 4 10/2007)
Vorlage: VO/1845/2007**

Wann ist mit dem Abschluss der Bauarbeiten im Wehrdaer Weg zu rechnen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Arbeiten an der Stützmauer im Wehrdaer Weg in Höhe des Uni-Bootshauses liefen zunächst planmäßig. Leider wurden die Arbeiten auf Grund der Insolvenz der ausführenden Firma Bauer am 12.09.2007 unterbrochen. Zu diesem Zeitpunkt waren nur noch wenige Restarbeiten (Straßenbau und Zaun) durchzuführen. Durch Verhandlung mit dem Insolvenzverwalter konnte erreicht werden, dass die Arbeiten am 24.09.2007 von der insolventen Firma wieder fortgesetzt werden konnten.

Zurzeit ist davon auszugehen, dass die Firma Bauer die Arbeiten abschließend durchführt.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Acker (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.5 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 5 10/2007)
Vorlage: VO/1846/2007**

Der Magistrat wird gebeten Auskunft zu geben, ob die dem Jugendrechtshaus Marburg-Biedenkopf zur Verfügung gestellten Räume im Haus der Jugend nicht sinnvoller Weise, gerade zu Beginn der Arbeitsaufnahme, publikumswirksam im Eingangsbereich des Hauses

unterzubringen sind.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Im Eingangsbereich des Hauses der Jugend (I. Etage) befindet sich der offene Jugendtreff „Volle Hütte“ mit Computerraum, 2 Billardtischen, Kicker und Tischtennisplatte. In den Räumen finden also sehr viel bewegte Aktivitäten statt, untermalt von Musik und Gesprächen. Bei den weiteren, in dieser Etage angesiedelten Räumen handelt es sich um die Büros von pädagogischen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern und dem Hausmeister.

Selbstverständlich lässt sich mit den Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern des Jugendrechtshauses eine neue Begehung durch die vorhandenen Räumlichkeiten des Hauses der Jugend durchführen, wenn es Bedenken gegenüber dem bisher angebotenen - und auch für geeignet gehaltenen - Raum in der IV. Etage geben sollte. Es sollte sich hier sicherlich eine zufrieden stellende Lösung finden lassen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Wulff (CDU) wird durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.6 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 6 10/2007)
Vorlage: VO/1847/2007**

Würde die Anschaffung und Verwendung eines modernen Aufzeichnungsgerätes (MP3 o. ä.) im Sitzungssaal nicht die Arbeit des Stadtverordnetenvorstehers und seiner Mannschaft erleichtern und wichtige Redebeiträge - während des Kassettenwechsels z. Zt. unwiderruflich verloren - der Nachwelt erhalten?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die einzige Alternative zum jetzigen Kassettenrecorder stellt für uns ein Notebook dar.

MP3-Player sowie Diktiergerät fallen wegen fehlender Anschlüsse oder zu umständlicher Bedienung weg.

Am Notebook kann mit entsprechenden Adaptern der vorhandene Mikrofoneingang und Kopfhörerausgang zum Verbinden mit der Sitzungsraumanlage verwendet werden.

Aufgezeichnet und wenn nötig wiedergegeben wird die Sitzung mit einem auf dem Notebook installierten Programm. Verschiedene Programme dafür gibt es kostenlos.

Ein weiterer Vorteil eines Notebooks wäre die einfache Weiterbearbeitung der aufgezeichneten Sitzung. Sie kann wenn nötig direkt auf dem Notebook abgearbeitet oder ohne Probleme auf einen anderen Arbeitsplatz überspielt werden.

Die Gesamtkosten für Anschlüsse und für ein entsprechendes Notebook liegen bei ca. 800,00 Euro inkl. MwSt.

**zu 4.7 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dietmar Göttling (Nr. 7 10/2007)
Vorlage: VO/1861/2007**

Die Firma Lichtblick bietet neuerdings Kunden Biogas an. Können die Stadtwerke ihren Kunden auch demnächst Biogas anbieten?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Firma Lichtblick bietet "Biogas" lediglich in fünf Bundesländern an (Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin und Hamburg).

Liefern kann Lichtblick frühestens ab Anfang 2008. Geliefert wird nicht reines Biogas, sondern lediglich Erdgas mit einem Biogasanteil von 5 %!

Die Stadtwerke Marburg haben sich bereits im Juni 2007 um ein Angebot für Biogas bemüht. Der mögliche Marktpreis lag nach unverbindlichen Angaben bei ca. dem 3- bis 4-fachen Erdgaspreis. Ein Angebot an Kunden wurde daher bisher nicht in Betracht gezogen, auch vor dem Hintergrund der ohnehin sehr kritischen Gaspreisdebatte.

Die Stadtwerke Marburg engagieren sich jedoch dabei, Möglichkeiten für Biogaserzeugung in der Region zu erschließen oder sich an entsprechenden Aktivitäten zu beteiligen.

Im Entwurf des Stadtwerke-Wirtschaftsplans für 2008 sind dafür Mittel in Höhe von rd. einer halben Mio. € vorgesehen.

**zu 4.8 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dietmar Göttling (Nr. 8 10/2007)
Vorlage: VO/1848/2007**

Ist dem Magistrat bekannt, ob das Bundeseisenbahnvermögen, die ehemalige Güterabfertigung und Güterhalle nebst Freiflächen inzwischen verkauft hat? Sind dem Magistrat ggf. die Bauplanungen des Erwerbers bekannt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Dem Magistrat ist bekannt, dass die ehemalige Güterabfertigung einschl. Freiflächen zum Verkauf angeboten worden sind. Ob daraufhin ein Verkauf stattgefunden hat, ist nicht bekannt. Insofern liegen dem Magistrat auch noch keine Bauplanungen vor.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Ludwig (MBL) und Lohse (CDU) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.9 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Röder (Nr. 9 10/2007)
Vorlage: VO/1849/2007**

An welchen Schulen werden in Marburg Sozialarbeiter beschäftigt?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

An der Pestalozzischule wird eine Dipl. Sozialpädagogin mit einem Stellenumfang von 35,45 Stunden wöchentlich (0,91 Stellen) für den Aufgabenbereich sozialpädagogisches Handeln an Schulen beschäftigt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Gottschlich (CDU), Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Wulff (CDU) werden ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach und Bürgermeister Dr. Kahle beantwortet.

zu 4.10 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Röder (Nr. 10 10/2007)
Vorlage: VO/1850/2007**

Welche Aufgaben werden jeweils von den Sozialarbeitern übernommen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der Aufgabenbereich der sozialpädagogischen Fachkraft im FD 40 umfasst im Wesentlichen folgende Aufgabengebiete:

Selbständige Beratungsarbeit (30 %)

Zielgruppe Schülerinnen/Schüler/Eltern/Lehrkräfte:

Time-out-Maßnahmen, Planung und Durchführung von Einzel- und Gruppengesprächen nach individuellen Erziehungs- bzw. Förderplänen, Beratungsgespräche, Sprechstunden

Kooperation mit Jugendhilfe- und weiteren Einrichtungen (20 %)

Hilfeplangespräche mit der Jugendhilfe, Kooperation mit Jugendhilfeeinrichtungen/ -trägern, Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Stadtteilarbeit und dem Schul-psychologischen Dienst des Staatlichen Schulamtes.

Sozialpädagogische Angebote für Gruppen (40 %)

u. a. Angebote zum Sozialen Lernen, Projekte zur Suchtprävention, Mobbing-Beratung, Streitschlichtung, freizeitpädagogische Gruppenangebote, Mädchengruppen

Teilnahme, Beratung und Mitarbeit in übergeordneten Arbeitsfeldern (5 %)

Teilnahme an Lehrerkonferenzen, Beirat der Schule für Erziehungshilfe, schulischen Veranstaltungen

Sonstige Tätigkeiten (5 %)

Berichte, Fortbildungen, Supervision, Dienstbesprechungen

zu 4.11 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 11 10/2007)**

Vorlage: VO/1867/2007

Gibt es seitens des Magistrates Möglichkeiten, auf die Ladenschlusszeiten von 24:00 h im neuen Marktdreieck Einfluss zu nehmen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das Hessische Ladenschlussgesetz gibt den Kommunen nicht das Recht, die allgemeinen Ladenöffnungszeiten zu beschränken.

Eine Zusatzfragen der Stadtverordneten Schäfer (Marburger Linke) wird durch den Bürgermeister beantwortet.

Ab 17:57 Uhr übernimmt Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) wieder die Sitzungsleitung.

**zu 4.12 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 12 10/2007)
Vorlage: VO/1868/2007**

Sind dem Magistrat die verkehrstechnisch negativen Veränderungen am Marktdreieck bekannt und wird dagegen etwas unternommen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nach der Fertigstellung des Marktdreieckes ist zusätzlicher Fahr- und Fußgängerverkehr in diesem Bereich entstanden.

Mit einem externen Verkehrsgutachten soll nun geprüft werden, ob Verbesserungen für alle VerkehrsteilnehmerInnen - vor allem für die Fußgänger - und eine Optimierung der Verkehrsabwicklung in diesem Bereich möglich sind.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schäfer (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.13 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 13 10/2007)
Vorlage: VO/1869/2007**

Warum werden die Arbeiten am Sanierungsobjekt Hirschberg 14 nicht fortgeführt - das Haus hat einen sehr seltenen noch komplett erhaltenen Dachstuhl von 1523 und steht an markanter Stelle - und wie gedenkt man die Fehler der Vergangenheit zu beheben?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Das Kulturdenkmal Hirschberg 14 ist ein wichtiges Architekturzeugnis der Marburger Altstadt. Leider sind in den letzten Jahrzehnten wesentliche Instandhaltungsarbeiten nicht ausgeführt worden, die in der Verantwortung des Eigentümers liegen. Zudem sind bereits bei Umbauten in früherer Zeit massive Eingriffe in die Fachwerkkonstruktion erfolgt, die die heute relevanten statischen Probleme mitbegründet haben.

In einem Zeitraum von über 10 Jahren wurde seitens des Sanierungsbüros vergeblich versucht, eine grundlegende Sanierung des Gebäudes über eine Modernisierungsvereinbarung mit dem Einsatz von Sanierungsgeldern zu erwirken, hierzu gab es keine Bereitschaft der Eigentümer(in).

Mit hohem Aufwand an Städtebaufördermitteln und beratendem Einsatz wurde seitens des Sanierungsbüros und anderer Fachdienste der stark einsturzgefährdete westliche Bauteil rückgebaut, der historische Gewölbekeller gesichert und eine statisch aussteifende neue Giebelwand des aufstehenden Gebäudeteils errichtet. Weitergehende Sanierungsmaßnahmen erfolgten nicht, weil die Eigentümer daran kein Interesse zeigten und auch deren finanzielle Möglichkeiten überstiegen hätte. Um eine funktionierende Wirtschaftlichkeitsberechnung des Sanierungsbüros zu erwirken, wäre ein Auszug der Eigentümer erforderlich geworden - hierzu waren sie nicht bereit.

Die Gelder für eine grundlegende Sanierung sind nach Aufhebung des Sanierungsgebiets „Nordwestliche Oberstadt“ nunmehr nicht mehr verfügbar, sodass der weitere Fortgang vom Eigentümer vorantwortet werden muss.

Bei einem Gespräch zwischen dem Eigentümer, dem Sanierungsbüro und den Fachdiensten Bauaufsicht und Stadtplanung/Untere Denkmalschutzbehörde am 26.02.07 wurde seitens der Stadt deutlich gemacht, dass eine fortwährende Wohnbarkeit kritisch gesehen wird und zur Absicherung ein Gutachten seitens des Eigentümers in Auftrag gegeben werden soll, um die statisch-konstruktive Situation zu überprüfen.

Dieses Gutachten ist vor kurzem dem Eigentümer übergeben worden, wird aber laut Auskunft seines Rechtsvertreters den städtischen Behörden erst in der kommenden Woche vorgelegt. Die Bewertung des Statikers kann aber unter Vorbehalt bereits in der Tendenz als besorgniserregendes Ergebnis gewertet werden. Daher können sich nach eingehender Prüfung des Gutachtens durch die Bauaufsicht durchaus Ordnungsmaßnahmen (Entmietung wegen Unbewohnbarkeit, Sicherung des Gebäudes gegenüber dem öffentlichen Verkehrsraum usw.) ergeben. Diese Maßnahmen würden allerdings auf Kosten der Stadt Marburg vorgenommen werden müssen.

Die weitere Vorgehensweise, Teilsanierung oder evtl. Verkauf, obliegt dem Eigentümer.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel (FDP) und Ludwig (MBL) werden durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.14 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 14 10/2007)
Vorlage: VO/1870/2007**

Gibt es Pläne in der Universitätsstadt Marburg, die ökologisch und ökonomisch unsinnige Trennung in Restmüll und Gelben Sack (Duales System) aufzugeben?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg verfolgt die gegenwärtige Debatte um die Novellierung der Verpackungsverordnung und damit die Zukunft der getrennten Sammlung von Verpackung mit großem Interesse.

Schwerpunkt der gegenwärtigen Diskussion ist die Frage, ob zukünftig weiterhin Verpackungsabfälle getrennt von Hausmüll gesammelt werden, oder ob perspektivisch die so genannten "trockenen und nassen Wertstofftonnen" etabliert werden können.

Nach der aktuellen Rechtslage handelt es sich bei der haushaltsnahen Sammlung der Verpackungsabfälle um ein privatwirtschaftlich organisiertes Rücknahmesystem, das auf den Regelungen der Verpackungsordnung basiert und sich insofern außerhalb des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsregimes bewegt. Die Zuständigkeit bzw. Verantwortung für die Verwertung der Verpackungsabfälle liegt nach der Verpackungsverordnung bei den Erzeugern.

Auch wenn der städtische DBM als Subauftragnehmer für den kreisweiten Generalunternehmer, ab Januar 2008 die Firma Mittelstätt, Stadtallendorf, die Einsammlung im Stadtgebiet Marburg erledigt, besitzt die Stadt Marburg derzeit keinen rechtlichen Einfluss auf die Ausgestaltung des Systems. Insofern ist es aktuell schon aus rechtlichen Gründen nicht möglich, die getrennte Sammlung von Restmüll und Verpackungsabfällen (Gelber Sack) in Marburg anders zu organisieren.

Darüber hinaus besteht nach dem Kreislaufwirtschaft- und Abfallgesetz die Verpflichtung, den eingesammelten Restmüll (schwarze Tonne und Sperrmüll) dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, dem Landkreis, anzudienen. Insofern kann eine Änderung der Sammlungssystematik nur durch den zuständigen Landkreis erfolgen.

Derzeit sieht der Landkreis die kreisweite Trennung der Abfälle in die Fraktionen *Restmüll*, *Verpackungsabfälle* (in Marburg i. d. R. Gelber Sack), *Altpapier*, *Bioabfall* und *Sperrmüll* im Holsystem sowie zusätzlich *Altglas*, *Metalle*, *Sonderabfälle* und *sonstige Wertstoffe* (Reifen, ...) im Bringsystem (Depotcontainer und Abgabestellen) vor und sieht auch aktuell keinen Handlungsbedarf für eine Änderung.

Neben den rechtlichen Aspekten muss bei einer Umorganisation der Stoffströme zudem gewährleistet sein, dass eine noch hochwertigere Verwertung der Abfälle und Wertstoffe erledigt. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass unter dem Gesichtspunkt der Ressourcenschonung und des Klimaschutzes zukünftig der Anteil der stofflichen Verwertung gegenüber der energetischen Verwertung einen noch höheren Stellenwert erhält.

Für die Abfalltrennung bedeutet dies, dass die Sammelsysteme mit Monochargen (Altpapier, Altglas, Bioabfall, ...) die wichtige Sekundärrohstoffe für eine Verwertung bereitstellen, zukünftig unbedingt erhalten bleiben müssen. Sie sind nicht nur ökologisch hochwertiger sondern zusätzlich auch ökonomisch sinnvoll und somit von enormer Bedeutung für die Stabilität der derzeitigen Abfallentsorgungskosten im Landkreis und damit auch in der Universitätsstadt Marburg.

Seitens der zuständigen Fachleute in der Verwaltung werden die ersten Versuche in einigen Städten, die so genannte Wertstofftonne zu etablieren, intensiv beobachtet und die gewonnenen Ergebnisse zeitnah ausgewertet.

Derzeit gibt es in den Fachkreisen noch sehr unterschiedliche Bewertungen hinsichtlich der Sinnhaftigkeit und des Erfolgs derartiger Versuche.

Sollten diese Test aber validiert die oben geforderten positiven ökologischen Effekte zeigen, wird die Stadt Marburg alle ihre Möglichkeiten ausschöpfen und daraufhin wirken, dass derartige Systeme auch in Marburg etabliert werden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel (FDP) wird auch durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.15 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Elke Neuwohner (Nr. 15 10/2007)**
Vorlage: VO/1851/2007

Nach der "Aktualisierung des Nahverkehrsplans" soll die Linie 16 zukünftig über die Haltestellen Gutenbergstraße - Wilhelmsplatz - Am Markt geführt werden, also nicht mehr die Abkürzung über die obere Gutenbergstraße durch die Fußgängerzone fahren. Außerdem soll die Linie nur noch stündlich fahren. Wer hat diese umständliche und die Bedienung der Oberstadt stark verschlechternde Irrfahrt über den Wilhelmsplatz veranlasst?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das Befahren der Oberen Gutenbergstraße durch Busse der Linie 16 ist eine latente Gefährdung für Fußgängerinnen und Fußgänger. Hinzu kommt, dass häufig Fahrzeuge, auch LKWs, in diesen für Autos gesperrten Bereich hineinfahren. Dieses Stück der Gutenbergstraße wird gern als Abkürzung genutzt.

Wird das Teilstück, das ja zum Hanno-Drechsler-Platz gehört, für jeglichen Fahrverkehr gesperrt, kann es gestalterisch umgebaut werden. Das kommt der Aufenthaltsqualität in diesem Bereich zugute.

Die Stadtwerke Marburg hatten bereits zum Fahrplanwechsel Ende 2006 in Erwägung gezogen, die obere Gutenbergstraße nicht mehr zu befahren. Nach Auffassung der Stadtwerke sollte bei der Umsetzung der Sperrung die Oberstadt nicht mehr angefahren werden, da der Weg über den Wilhelmsplatz zu viel Fahrzeit in Anspruch nehmen würde.

Die Straßenverkehrsbehörde hat diesen Vorstoß der Stadtwerke nicht weiter verfolgt, denn die Anbindung der Oberstadt über die Linie 16 muss gewährleistet bleiben.

Die Führung der Linie 16 über den Wilhelmsplatz muss nicht bedeuten, dass die Oberstadt nicht mehr angefahren wird. Das jetzige Konzept sieht vor, dass die Oberstadt stündlich angefahren wird.

Die Anbindung der Oberstadt bleibt erhalten, und die obere Gutenbergstraße kann für Fußgänger ansprechend gestaltet werden.

zu 4.16 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 16 10/2007)**
Vorlage: VO/1852/2007

Kann der Magistrat mitteilen, ob es von dem Wasser des Elisabethbrunnen in Schröck eine Wasseranalyse gibt und ob das Wasser trinkbar ist?

Es antwortet der Bürgermeister Dr. Kahle:

Landgraf Ludwig errichtete 1596 das Denkmal über den Elisabethbrunnen. Diese Brunnenanlage wird von der Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten Hessen betreut. (Bad Homburg, Tel. 06172/926200)

Den Stadtwerken Marburg liegen von dem Quellwasser des Elisabethbrunnen keine Wasseranalysen vor.

Nach unserem Kenntnisstand handelt es sich bei dem Quellwasser nicht um Trinkwasser im Sinne der Trinkwasserverordnung.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Röhrkohl (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.17 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Reinhard Weber-Hofmann (Nr. 17 10/2007)

Vorlage: VO/1871/2007

Wie oft wurden bzw. werden in Moischt (Ortsausgang - Hahnerheide) Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt bzw. Radarfallen gestellt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In diesem Jahr wurden dort noch keine Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt, da dieser Bereich nach polizeilichen Angaben kein Unfallschwerpunkt ist auch keine Beschwerden über Fahrzeuge mit überhöhter Geschwindigkeit vorliegen.

Vermutlich möchte der Fragesteller darauf hinweisen, dass nach seinem Eindruck die Geschwindigkeitsbegrenzung nicht eingehalten wird. Wir nehmen die Anregung gerne entgegen und werden in den nächsten Wochen Kontrollen durchführen.

zu 4.18 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 18 10/2007)

Vorlage: VO/1853/2007

Welche Jugendschutzmaßnahmen haben in den letzten zwei Jahren mit welchem Ergebnis seitens des Jugendamtes stattgefunden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Angebote der außerschulischen Kinder- und Jugendförderung konzentrieren ihren Schwerpunkt auf die präventive Arbeit. Im Vordergrund der pädagogisch betreuten Kinder- und Jugendarbeit steht die Zielsetzung, die jungen Menschen zur lösungsorientierten und fairen Konfliktbearbeitung anzuleiten. Der Umgang mit alkoholischen Getränken, Rauchen und den unterschiedlichen Medienauswirkungen wird ebenfalls durch entsprechende Aktivitäten innerhalb der regelmäßigen offenen Jugendarbeit thematisiert oder reflektiert.

In den kommunalen Jugendtreffs und Jugendclubs gehört es seit ca. 3 Jahren

zum Standard, dass in den Räumen nicht mehr geraucht werden darf, unabhängig vom Alter. Im Haus der Jugend besteht ein Rauchverbot seit 5 Jahren. Alkoholische Getränke werden ebenfalls in den pädagogisch betreuten Jugendclubs nicht angeboten.

Im Hinblick auf die vielfältig beschriebenen Medienwirkungen auf Kinder und Jugendliche, bietet die Jugendförderung und das Jugendbildungswerk ein ausgewähltes Computerprogramm für junge Jugendliche mit dem Ziel, die vorhandene Medien- und Kommunikationskompetenzen der Kinder und Jugendlichen zu nutzen und sie in kreative Bahnen zu lenken. Darüber hinaus wurde aktuell im Zusammenhang mit dem Kinder- und Jugendfilmfestival FINAL CUT (19.-21.10.07) für Eltern, Lehrer und interessierte Erwachsene ein spezielles medienpädagogisches Begleitprogramm angeboten, um die zahlreichen Facetten der Medienwirkungen auch fortbildungsmäßig mit den Erziehenden zu thematisieren. Ziel ist die Stärkung der Medienkompetenz.

Da es sich bei den Jugendschutzmaßnahmen um ein Gesamtsystem handelt, kann bezogen auf die jeweils einzelne Maßnahme kein Ergebnis dargestellt werden.

Der Fachdienst Soziale Dienste hat im genannten Zeitraum keine Maßnahmen im Rahmen des Jugendschutzgesetzes durchgeführt. Zu den Aufgaben der Sozialen Dienste bzw. des Allgemeinen Sozialen Dienstes zählt die Wahrnehmung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung nach dem SGB VIII.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Severin (SPD), Gottschlich (CDU), Ludwig (MBL) und Hussein (SPD) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.19 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 19 10/2007)
Vorlage: VO/1854/2007**

Welche Beschwerden liegen dem Magistrat über den Behindertenfahrdienst vor und was hat der Magistrat ggf. unternommen, um diesen Beschwerden abzuhelpfen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der Behindertenfahrdienst hat z. Zt. 390 NutzerInnen, die diesen unterschiedlich häufig in Anspruch nehmen. Im Jahr 2003 wurden alle NutzerInnen angeschrieben und nach ihrer Zufriedenheit befragt. Die große Mehrheit war mit der Nutzung zufrieden. 19 Personen hatten kleine Anmerkungen und lediglich 9 Personen waren nicht mit dem Fahrdienst zufrieden.

In den letzten zwei Jahren gab es von ca. 10 Personen immer wieder folgende Beschwerden:

- Das Angurten der Rollstühle und der Personen im Rollstuhl wird nicht immer ordnungsgemäß vorgenommen.
- Etliche Fahrer sind lustlos oder unfreundlich.
- Der Fahrstil mancher Fahrer ist für eine Personenbeförderung unangemessen.
- Einige Fahrer beherrschen den Umgang mit Rollstühlen nicht.
- Die gebuchten Fahrten werden oft nicht pünktlich durchgeführt.

Daraufhin gab es mehrere Gespräche mit UniCare, nach denen sich die Situation jedes Mal kurzfristig verbesserte. Im Frühjahr 2007 mehrten sich die Beschwerden wieder erneut, so dass der FD 50 mehrmals mündlich bei UniCare auf die Problematik hinwies und das Taxiunternehmen Schulungen der Fahrer zugesagte, um die Probleme abzustellen. Nachdem im Sommer immer noch einzelne Beschwerden eingegangen sind, hat der FD 50 Ende Juli 2007 schriftlich auf die Probleme hingewiesen und Kürzungen der Fahrtentgelte bei der Abrechnung, aufgrund nicht erbrachter qualitativer Leistungen, sowie ein Nachdenken über Alternativen für den Behindertenfahrdienst angekündigt. Im August 2007 kam es dann wieder zu einem Klärungsgespräch mit UniCare.

UniCare wies auf ein grundsätzliches Problem beim Anschlallen von E-Rollstühlen, die rundum zugebaut sind, hin, da diese kaum mehr Möglichkeiten aufweisen, die Gurte zu befestigen. Es werden gerade Lösungen für diesen Sachverhalt eruiert.

Weiter berichtete UniCare, dass inzwischen Schulungen der Fahrer in Zusammenarbeit mit einem Krankengymnasten zum richtigen Anwenden der Techniken im Umgang mit RollstuhlfahrerInnen und Fahrtrainings durchgeführt wurden.

Seitdem gingen beim FD 50 keine Beschwerden mehr ein, bis vor einem Monat zufällig zwei Nutzerinnen berichteten, dass bei ihren Selbsthilfetreffen von anderen starke Unzufriedenheit geäußert wurde.

Unser Problem ist, dass konkrete Beschwerden nur zu einem Bruchteil bei der zuständigen Sachbearbeiterin ankommen - oftmals dann auch noch mit einer erheblichen zeitlichen Verzögerung. Deshalb wurden z.B. die beiden Selbsthilfegruppen-VertreterInnen gebeten, Schwierigkeiten mit dem Behindertenfahrdienst umgehend bei der zuständigen Sachbearbeiterin, Frau Hühnlein, anzugeben, damit mit UniCare zeitnah geklärt werden kann, um welchen Fahrer es sich handelte und diese sofort gegenüber dem entsprechenden Fahrer aktiv werden können.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Gottschaldt (Marburger Linke) wird durch Stadträtin Dr. Weinbach und Bürgermeister Dr. Kahle beantwortet.

zu 5

**Entsendung eines Mitgliedes in den Beirat für Stadtgestaltung
Vorlage: VO/1719/2007**

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Stadtverordnetenvorsteher an Hand des Protokolls. Der Bau- und Planungsausschuss hat die Stadtverordnete Pistor (Bündnis 90/Die Grünen) für den Beirat für Stadtgestaltung vorgeschlagen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt darüber abstimmen. Die Stadtverordneten fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Als Nachfolgerin für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Jürgen Markus (Bündnis 90/Die Grünen) wird die vom Bau- und Planungsausschuss vorgeschlagene Stadtverordnete Sabine Pistor in den Beirat für Stadtgestaltung entsandt.

Die Vorgeschlagene ist vom Magistrat für die laufende Legislaturperiode noch zu berufen.

**zu 6 Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2007 bis 2011 der
Universitätsstadt Marburg, Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008
mit ihren Anlagen und Stellenplan 2008
Vorlage: VO/1775/2007**

Oberbürgermeister Vaupel trägt in seiner Eigenschaft als Kämmerer die Haushaltsrede vor, begleitet von einer PowerPoint-Präsentation.

Anschließend wird die Haushaltsrede in gedruckter Form allen Stadtverordneten zur Verfügung gestellt.

Der Stadtverordnete Dr. Wulff (CDU) beantragt die Überweisung des Haushaltes 2008 an den Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung. Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen. Somit ist der Tagesordnungspunkt 6 an den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung überwiesen.

**zu 7 Aktualisierung des Nahverkehrsplans der Linienverkehre in der
Universitätsstadt Marburg 2008
Vorlage: VO/1788/2007**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

- 1. Die als Anlage beigefügte Aktualisierung des Nahverkehrsplans der Linienverkehre in der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen und tritt zum 10.12.2007 in Kraft.**
 - 2. Diese Verkehre werden von der Marburger Verkehrsgesellschaft mbH bzw. der Stadtwerke Marburg GmbH auf der Grundlage der personenbeförderungsrechtlich erteilten Konzession eigenwirtschaftlich erbracht.**
 - 3. Der Verkehrsvertrag über die Erbringung der Buspersonennahverkehrsleistungen v. 17. Juli 2003 i.d.F. der Vertragsergänzung v. 17. Oktober 2003 wird in § 1 dahingehend geändert, dass ab dem nach Ziffer 1. in Kraft tretenden Fahrplanwechsel 3.200.000 Nutzwagenkilometer pro Fahrplanjahr eigenwirtschaftlich erbracht werden. Magistrat und Stadtwerke werden ermächtigt, eventuell notwendige Detailänderungen im Verkehrsvertrag und im Leistungsverzeichnis als Anlage zum Verkehrsvertrag gemeinsam vorzunehmen.**
-

zu 8 Beauftragung von Mehrleistungen für die Schülerverkehre auf den Linien

11, 12 und 13

Vorlage: VO/1805/2007

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,

die in der Anlage aufgeführten Mehrleistungen für Schülerverkehre auf den ÖPNV-Linien 11, 12 und 13

zu beschließen.

zu 9

Bauleitplanung der Stadt Marburg

Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 5/24, 3. Änderung, Gisselberger Straße, VfB-Grundstück, der Stadt Marburg

Vorlage: VO/1812/2007

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzender Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) wird die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 5/24, 3. Änderung, Gisselberger Straße, VfB-Grundstück, beschlossen.

zu 10

Dringlichkeitsanträge

zu 11

Anträge der Fraktionen

zu 11.1

Antrag der CDU-Fraktion betr. Integrationsvereinbarung

Vorlage: VO/1580/2007

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Die Antragsteller haben den Antrag jedoch zurückgestellt, bis Februar 2008.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

**zu 11.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Planungsalternativen
Universitätsstraße
Vorlage: VO/1611/2007**

Der Antrag wird zurückgestellt bis zur November-Sitzung. Vorher wird er in einer gemeinsamen Sitzung von Bau- und Planungsausschuss und Umweltausschuss beraten werden.

**zu 11.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Sorge um verurteilte Studierende
- Teil 2 - Spende
Vorlage: VO/1665/2007**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Stadtverordnete Göttling hat im Haupt- und Finanzausschuss beantragt, den Beschlusstext wie folgt zu verändern:

Die Stadt Marburg stellt dem allgemeinen Studierendenausschuss (ASTA) der Philipps-Universität Marburg 1.000,- € zur Verfügung. Mit diesen Mitteln soll der ASTA die Rechtsberatung von Studierenden unterstützen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich, diesen geänderten Antragstext zuzustimmen. Aussprache wurde beantragt.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dorn (Bündnis 90/Die Grünen), Metz (Marburger Linke), Sawalies (FDP), Röder (CDU), Bürgermeister Dr. Kahle, sowie die Stadtverordneten Stompfe (CDU) und Acker (SPD).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Die Stadt Marburg stellt dem allgemeinen Studierendenausschuss (ASTA) der Philipps-Universität Marburg 1.000,- € zur Verfügung. Mit diesen Mitteln soll der ASTA die Rechtsberatung von Studierenden unterstützen.

**zu 11.4 Antrag der CDU-Fraktion betr. Missbilligung des Verhaltens von
Bürgermeister Dr. Kahle im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben Am
Rübenstein
Vorlage: VO/1675/2007**

Der Antrag wird von der CDU-Fraktion zurückgestellt bis zur November-Sitzung.

zu 11.5 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Beteiligung der Aufsichtsräte**
Vorlage: VO/1682/2007

Der Antrag wird von der CDU-Fraktion zurückgestellt bis zur November-Sitzung.

zu 11.6 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Unkenntnis der Dezernentin?**
Vorlage: VO/1683/2007

Der Antrag ist von der CDU-Fraktion zurückgezogen worden.

zu 11.7 **Antrag der Fraktionen B 90/Die Grünen/SPD betr. Stärkung der Marburger Wochenmärkte - Probeweise Verlagerung des Wochenmarktes Firmaneiplatz**
Vorlage: VO/1704/2007

Der Antrag ist von den antragstellenden Fraktionen zurückgezogen worden.

zu 11.8 **Antrag der FDP-Fraktion betr. Bauwerterhaltung Oberstadthaus**
Vorlage: VO/1712/2007

Die Vorlage wurde im Haupt- und Finanzausschuss beraten und von der antragstellenden FDP-Fraktion für erledigt erklärt.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 11.9 **Antrag der FDP-Fraktion betr. Behring Gedenkstätte**
Vorlage: VO/1800/2007

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordneten Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag hat im Umweltausschuss folgende Fassung erhalten:

Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept für eine Gedenkstelle für den Nobelpreisträger Emil von Behring in den Wannkopfstraße 13 zu entwickeln, mit denkbaren Sponsoren Verhandlungen zu führen sowie entsprechende Anträge zur Mitfinanzierung an das Landesamt für Denkmalpflege und die Deutsche Stiftung für Denkmalpflege zu richten.

Bei Erteilung einer Baugenehmigung für den Umbau der ehemaligen Laborgebäude soll der Bauherr verpflichtet werden, den ehemaligen Serumsabfüllraum gemäß Hessischem Denkmalschutzgesetz zu erhalten.

Zu dieser geänderten Antragsfassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Schul- und Kulturausschuss hat sich dem Votum des Umweltausschusses angeschlossen und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls die Zustimmung zu dem abgeänderten Antragstext.

Ferner hat sich der Bau- und Planungsausschuss mit dieser Vorlage befasst. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem wie vorgetragenen geänderten Antragstext.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept für eine Gedenkstelle für den Nobelpreisträger Emil von Behring in den Wannkopfstraße 13 zu entwickeln, mit denkbaren Sponsoren Verhandlungen zu führen sowie entsprechende Anträge zur Mitfinanzierung an das Landesamt für Denkmalpflege und die Deutsche Stiftung für Denkmalpflege zu richten.

Bei Erteilung einer Baugenehmigung für den Umbau der ehemaligen Laborgebäude soll der Bauherr verpflichtet werden, den ehemaligen Serumsabfüllraum gemäß Hessischem Denkmalschutzgesetz zu erhalten.

**zu 11.10 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr.
Machbarkeitsstudie zum Bau der Bundesfernstraße
Vorlage: VO/1814/2007**

Der Stadtverordnetenvorsteher weist darauf hin, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion betr. Kostennutzenuntersuchung VO/1839/2007 ausgeteilt wurde. Der Ältestenrat hat sich in seiner gestrigen Sitzung dafür ausgesprochen, diesem Änderungsantrag in der Stadtverordnetenversammlung zuzulassen, obwohl er nicht im Ausschuss gestellt wurde.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion hat folgenden Text:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, die Kostennutzenuntersuchung des Bundesverkehrsministeriums zum Bau einer Bundesfernstraße zwischen Krombach unten Hattenbacherdreieck den städtischen Gremien vorzulegen.

Der ursprüngliche Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Machbarkeitsstudie zum Bau der Bundesfernstraße ist im Umweltausschuss beraten worden. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und

Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt zunächst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, die Kostennutzenuntersuchung des Bundesverkehrsministeriums zum Bau einer Bundesfernstraße zwischen Krombach unten Hattenbacherdreieck den städtischen Gremien vorzulegen.

Beschlussfassung über den ursprünglichen Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, dem Umwelt - und Bau und Planungsausschuss alsbald die Machbarkeitsstudie zum Bau der Bundesfernstraße (ehemals A4) vorzustellen.

zu 11.11 **Antrag SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. LUSD-Software an Schulen
Vorlage: VO/1728/2007**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Weidemann (SPD), Dr. Röder (CDU), Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen), Sawalies (FPD), Ludwig (MBL), Prof. Dr. Fülberth-Sperling (Marburger Linke), Stompfe (CDU), Stadträtin Dr. Weinbach, sowie der Stadtverordnete Becker (SPD).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nein-Stimmen der CDU mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Stadt Marburg ist durch das Handeln des CDU-geführten Kultusministeriums wirtschaftlicher Schaden entstanden. Der Magistrat wird aufgefordert, dem Land Hessen gegenüber Schadensersatz für die Mehrarbeit in den Schulsekretariaten zu erwirken, die durch die versuchte Einführung der Online-LUSD-Software entstanden sind.

zu 11.12 **Antrag der CDU-Fraktion betr. LED-Leuchten
Vorlage: VO/1732/2007**

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss von der CDU-Fraktion zurückgestellt worden.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage ebenfalls zurück bis

zur November-Sitzung.

**zu 11.13 Antrag der CDU-Fraktion betr. Aushangfahrpläne
Vorlage: VO/1733/2007**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss hat den Antragstext auf folgende Fassung abgeändert:

Der Magistrat wird gebeten, bei der Deutschen Städtereklame und den Stadtwerken Marburg darauf hinzuwirken, dass an Bushaltestellen im Stadtbereich Fahrpläne mit den Abfahrzeiten in dem Lichtbereich der Wartehäuschen angebracht oder mit einer solaren Beleuchtung ausgestattet werden, damit eine Lesbarkeit gewährleistet ist.

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die geänderte Antragsfassung, so wie sie im Umweltausschuss beschlossen wurde.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, bei der Deutschen Städtereklame und den Stadtwerken Marburg darauf hinzuwirken, dass an Bushaltestellen im Stadtbereich Fahrpläne mit den Abfahrzeiten in dem Lichtbereich der Wartehäuschen angebracht oder mit einer solaren Beleuchtung ausgestattet werden, damit eine Lesbarkeit gewährleistet ist.

**zu 11.14 Antrag der CDU-Fraktion betr. Ausschilderung TTZ
Vorlage: VO/1734/2007**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird gebeten,
das Technologie- und Tagungszentrum (TTZ) angemessen, auch für
auswärtige Besucher leicht erkennbar, auszuschildern.**

**zu 11.15 Antrag der MBL-Fraktion betr. Rübenstein 5
Vorlage: VO/1778/2007**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus CDU, MBL, FDP und Marburger Linke, bei Nein-Stimmen der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 12 Kenntnisnahmen

**zu 12.1 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Budgets zum 30.09.2007
Vorlage: VO/1791/2007**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 12.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bebauung des ehemaligen "Feeser-Geländes" mit einem Einkaufs- und Dienstleistungszentrum (Marktdreieck) und Einflussmöglichkeiten des Beirates für Stadtgestaltung
Vorlage: VO/1785/2007**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 12.3 Spiel- und Aufenthaltsorte in der Oberstadt - Station Kornmarkt
Vorlage: VO/1799/2007**

Diese Magistratsvorlage ist im Bau- und Planungsausschuss und im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Ausschuss hat die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Auch der Schul- und Kulturausschuss hat diese Magistratsvorlage zur Kenntnis genommen.

Die Aussprache wurde in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates von der FDP-Fraktion gewünscht.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordnete Schwebel (FDP), Bürgermeister Dr. Kahle, sowie die Stadtverordneten Dingeldein (FDP), Dr. Wulff (CDU), Gottschaldt (Marburger Linke), Schäfer (Marburger Linke) und erneut die Stadtverordneten Schwebel (FDP).

Eine förmliche Abstimmung erfolgt nicht. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den vom Magistrat vorgelegten Planungs- und Sachstand zur Kenntnis.

**zu 12.4 Überplanmäßige Ausgabe im Verwaltungshaushalt 2007
Vorlage: VO/1803/2007**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Außerhalb der Tagesordnung erkundigt sich der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth-Sperling (Marburger Linke) nach der Möglichkeit in der Stadtverordnetenversammlung Berichte von Beiräten des Magistrats zu erhalten.

Wie Stadtverordnetenvorsteher, Oberbürgermeister und Bürgermeister ausführen, bestehen gegen derartige Berichte in der Stadtverordnetenversammlung keine Bedenken.

Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 23:30 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Becker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen
Dringlichkeitsanträge